

abends

Sächsische Volkszeitung

Beschäftsstelle und Redaktion:
Dresden: U. 16, Holbeinstr. 46
Fernsprecher 21366
Postfachkonto Leipzig Nr. 1470

Bezugspreise:
Hefenpreis A mit Multa. Beilage Vierteljährlich 2,50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3,50 M. In Österreich 5,40 K.
Hefenpreis B Vierteljährlich 2,50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3,50 M. In Österreich 5,50 K.
Einzel-Nummer 10 J.
Für die tägliche Beilage erhebt man allen Bestagungen nachmittags.

Wagelosen:
Abnahme von Zeitungsbelegungen bis 10 Uhr von Familienangehörigen bis 11 Uhr sonst
Wochens für die Zeitungsbelegungen bis 40 J. im Reichsmark 1 M. Familien-Belegungen 80 J.
Für unbesoldete Geschriebene, sowie durch Besondere auftraggeberige Belegungen können die Belegungen auch für die Zeitungsbelegungen besorgt werden.
Kontokorrent der Redaktion:
11-12 Uhr befristet.

Einzigste katholische Tageszeitung in Sachsen. Organ der Zentrumspartei.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und zeitg. Wochenbeilage. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Vor dem Verfassungskonflikt mit dem Reiche.

Die sozialistische Regierung erkannte als eine ihrer ersten Aufgaben, das Schulwesen auf eine neue soziale Grundlage zu stellen. So führte Herr Abg. Lehrer Arzt in dem Berichte des Gesetzgebungsausschusses über die Verhandlungen wegen Erlass eines Übergangsgesetzes für das Volksschulwesen aus. Dieser Satz ist falsch. Die sozialistische Regierung Sachsens, die wohl aus der Mehrheitspartei, aber nicht aus der eine Mehrheit in der Volkskammer bilden könnenden Parteien hervorgegangen ist, will das Schulwesen eben nicht auf eine neue soziale Grundlage, sondern auf eine sozialistische stellen. Sie will das, indem sie gemeinsam mit der sozialistischen Volkskammermehrheit auch die gerechten Forderungen der Minderheit ohne weiteres abgelehnt und das Selbstbestimmungsrecht einfach ausschaltet. Nicht Demokratie, sondern Gewalt, das ist die Lösung!

Wenn man den Bericht des Gesetzgebungsausschusses durchstudiert, gewinnt man immer stärker und stärker den Eindruck, daß die Seele der ganzen Aktion der sozialistische Lehrer Arzt ist, der von einem geradezu fanatischen Haß gegen die Religion erfüllt zu sein scheint. Er fordert die Entfernung des Religionsunterrichtes aus der Schule „um der Einheit der Erziehung willen“, und erklärt in dem Berichte (Seite 3), es sei „fraglich, ob das Kind überhaupt Religion habe“. Wir sehen, von welchen Gedanken Herr Arzt ausgeht. Aber er geht noch viel weiter. Er behauptet, daß ein Kind Religion im Sinne des Christentums gar nicht haben könne, „ja nicht haben darf, sonst wäre es in seiner sittlichen Kraft nicht gesund“. Und diese unerhörte, alle auf dem Boden des Christentums Stehenden ins Gesicht schlagende Behauptung stellt er deshalb auf, weil „das Christentum im besonderen eine Erlösungsreligion ist und das Sündenbewußtsein des Menschen voraussetzt“.

Herr Arzt mag über diese Dinge als Privatperson denken, wie er will. Das ist natürlich seine Angelegenheit. Aber darauf beschränkt er sich nicht. Er kann selbstredend im demokratischen Zeitalter seine Gedanken auch öffentlich vertreten und dafür eintreten. Aber auch das genügt dem Latendrange dieses Herrn bei weitem nicht. Er will sein. Gedanken einem ganzen Volke aufzwingen, er will weite Kreise des Volkes nötigen, anzuerkennen, daß ein Kind Religion im Sinne des Christentums nicht haben dürfe. Und mit ihm wollen das seine sozialistischen Freunde. Um ihr Ziel zu erreichen, benutzen sie den Augenblick, der ihnen zufällig die Staatsgewalt in Sachsen fast restlos in die Hand gespielt hat. Mit Recht hat selbst der freisinnige Minderheitsführer im Gesetzgebungsausschusse darauf hingewiesen, daß „für Millionen unserer Mitbürger die Religion den wertvollsten inneren Besitz darstellt“. In solch großen Geistern wie den Sozialisten in der Sächsischen Volkskammer prallen natürlich diese Argumente wirkungslos ab.

Genie geben die Herrschaften fastlächelnd an dem vorüber, was in der Angelegenheit das Reich sagt. Das Ministerium in Brno weiß sehr wohl, daß das christliche Volk keine Revolution macht. Manchmal braucht man ja das Reich sehr notwendig. Wenn zum Beispiel in Leipzig die Staatsautorität in die Brüche zu gehen droht, dann weiß man das Reich mit seinem Reichsminister sehr wohl zu stützen, und solche Reichshilfe, und die Reichsorgane werden denn zur Befestigung der eigenen Autorität sehr benötigt. In Kulturfragen ist das allerdings etwas anderes. Da glaubt man einfach über die Rechte des christlichen Volkes hinweggehen zu dürfen und außerdem durch das Petreten des Verordnungsweges das Reichsrecht umgehen zu können. Im Gesetzgebungsausschusse ist natürlich auch die Frage des Einflusses des Reichsrechtes auf das Landesrecht in dieser Angelegenheit zur Sprache gekommen. Der Verfassungsausschusse der Deutschen Nationalversammlung hat bekanntlich im Artikel 31 b der Verfassungsvorlage folgendes festgelegt:

Die Erteilung des Religionsunterrichtes, der ordentlicher Lehrgegenstand der Schule ist, wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Kein Lehrer darf zur Erteilung des Religionsunterrichtes oder zur Vornahme kirchlicher Verrichtungen, kein Schüler gegen den Willen der Erziehungsberechtigten zum Besuche des Religionsunterrichtes oder zur Teilnahme an kirchlichen Feiern und Handlungen gezwungen werden. Der Religionsunterricht wird in Uebereinstimmung mit den Lehren und Satzungen der betreffenden Religionsgemeinschaften erteilt.

Herr Arzt betonte nun im Gesetzgebungsausschusse, „daß die Weimarer Entschliessung keine Veranlassung zu einer veränderten Stellungnahme für ihn sein könne“. Darauf mußte er sich von dem Minderheitsführer — unseres Erachtens mit vollem Rechte — „eine gewisse Leichtfertigkeit“ vorwerfen lassen, „mit der er sich über verfassungsmäßige Bestimmungen hinwegsetzen zu können glaube“. Der demokratische Minderheitsführer Dr. Varga führte weiter aus:

„Da der Grundsatze gelte, daß Reichsrecht Landesrecht breche, würde eine von Sachsen einseitig vorgenommene Beseitigung des Religionsunterrichtes aus den Schulen im Widerspruch zu den Verfassungsgrundlagen unseres Staatslebens geraten, ja, könnte einen ersten Verfassungskonflikt heraufbeschwören. Zugleich wurde auf den verständlichen Geist hingewiesen, in dem gerade die Frage des Religionsunterrichtes in Weimar behandelt worden sei, und ersuchte der Minderheitsführer die Mehrheit, die gleiche Rücksicht walten zu lassen.“

Was sie — wie nicht anders von ihr zu erwarten war, aber nicht tat. „Die Beweisraft der verfassungsrechtlichen Einwendungen“ wurde von Arzt und Genossen bestritten, während die Regierung (Seite 6) die Möglichkeit, daß „die im Gegensaße dazu vom sächsischen Gesetzgebungsausschusse gefassten Beschlüsse korrigiert werden“, zugestand „und betonte, daß sie nachträglich in Verlegenheit kommen könne und vielleicht die Aufhebung eines erst beschlossenen Gesetzes beantragen müsse“. Ein sehr wertvolles Geständnis! Trotzdem scheint sich die Regierung dieser ungeheuren Namenge aussetzen zu wollen, nur deshalb, um die Veruche des Herrn Arzt nicht zu stören, der allerdings den Standpunkt vertritt, es sei „ganz unbedenklich für Sachsen, in der Frage des Religionsunterrichtes selbständige Entscheidungen zu treffen“. Mit Verlaub! Wenn das für diese Frage zugestanden würde, müßte es für jede andere auch gegeben und die ganze Reichsverfassung würde zur Fare werden. Wo bleibt da die Logik?

Der freisinnige Minderheitsführer Dr. Varga hat im Gesetzgebungsausschusse die Sozialdemokratie gewarnt, „sie möge nicht durch ihr jeder Verständigung widerstrebendes Verhalten einen Kulturkampf heraufbeschwören“. Diese Warnung hat im Anschlusse keinerlei Erfolg gehabt. Wenn die Leser diese Zeilen vor Augen bekommen, wird die Angelegenheit im Plenum der Volkskammer verhandelt und ist wohl bereits entschieden. Es besteht keine Aussicht, daß noch irgend eine Milderung eintreten wird. Die Sozialdemokratie wird unter ihre kulturelle Gewaltpolitik das Siegel setzen und damit den neuen Kulturkampf in vollen Umfang heraufbeschwören. Es ist allerdings auch keine Verständigung möglich mit Leuten wie dem Minderheitsführer Arzt, der im Gesetzgebungsausschusse (Bericht Nr. 205, Seite 9) u. a. noch folgendes ausführte:

„Gegenüber den religiösen Gesichtspunkten müßte betont werden, daß es eine Ueberspannung der Elternrechte bedeute, wenn Eltern ohne weiteres ihre religiösen Ansichten auch den Kindern aufzwingen wollten und dadurch unter Umständen den Kindern eine schlechtere oder unbedeuten zu erlangende wissenschaftliche Ausbildung zuteil werden ließen. Es sei sehr fraglich, ob einmal das Kind, das vielleicht später gar nicht mehr die religiösen Ansichten der Eltern teile, ihnen für das Einpflanzen in ein einseitiges konfessionelles Prinzip dankbar sein würde.“

Also es bedeutet das „eine Ueberspannung der Elternrechte“. Wir brauchen nicht näher auszuführen, daß noch niemand an seiner Ausbildung gelitten hat, wenn er eine konfessionelle Schule besuchte. Was Herr Arzt hier fordert, ist eine Entredung der Eltern und eine ungläubliche Ueberspannung der Rechte des Staates, die wir niemals anerkennen können und die einer gesunden Demokratie geradezu ins Gesicht schlagen.

Im Augenblicke sei nur noch bemerkt: Wenn die Volkskammer heute den Beschlüssen des Gesetzgebungsausschusses zustimmt, und die Regierung diesen Beschluß auf dem Verordnungswege ausführt, setzt der Freistaat Sachsen sich in offenen Gegensatz zum Reiche. Das Einschlagen des Verordnungsweges kann daran nichts ändern. Und damit ist der Verfassungskonflikt gegeben, der in einer an sich schon so schweren Zeit vermieden werden könnte, wenn die allmächtig sich dünkende Sozialdemokratie in Sachsen nicht eifrigst betreibt, ihre Parteiprinzipien dem Volke aufzuzwingen. hsl.

Was wird?

(Von unserem Berliner Vertreter.)

In diesem Augenblicke sitzen die Großen und Mächtigen der Erde in Paris und würfeln um das Schicksal des deutschen Volkes. Je mehr wir die Wirkung dessen prüfen, was die deutsche Friedensdelegation unseren Gegnern als Zugeständnissen angeboten hat, um so mehr erschrecken wir über die Opfer, die das deutsche Volk in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, ja für Generationen hinaus, die heute noch ungeboren sind, auf sich nehmen muß. Und dennoch schallt aus der gemäßigten Presse ein Echo zu uns, das nichts wissen will von einer ausgleichenden Gemeinheitsarbeit in dem Sinne der deutschen Anerbietungen.

Die Schwere und das Gewicht dieser Anerbietungen liegt in dem Umstand begründet, daß wir von der Höhe und ihrem Ausmaße nicht wieder zurücktreten können. Betrachten wir allein die finanziellen Lasten, die wir auf uns zu nehmen uns bereit erklären, so müssen wir uns darüber klar sein, daß die zugelassten 100 Milliarden Mark bei dem Tiefstand unser jetzigen Valuta mit drei multipliziert werden müssen, also die phantastische Summe von 300 Milliarden Mark, oder, anders ausgedrückt von dreihunderttausend Millionen Mark ausmachen!

Wie sollen wir diese niedererschmetternde Last überhaupt jemals abtragen können? Das fragen wir uns in banger Sorge. 300 Milliarden Mark betrug in den Zeiten größten Wohlstandes unser gesamtes Volkvermögen in beweglichen und unbeweglichen Werten einschließlich unserer ländlichen Häuser und Kiegeschäften, unserer Forsten und Wälder, unserer Eisenbahnen und Brücken, unserer Kanäle, unseres Mobiliars und unserer sämtlichen beweglichen Habe. Nun ist aber zu berücksichtigen, daß durch den Krieg mindestens die Hälfte dieses Vermögens vernichtet oder durch die Schuldverpflichtungen, die während des Krieges uns erwachsen sind und die als Folgen des Krieges uns noch auferlegt werden müssen, in erheblichem Umfange in Anspruch genommen worden ist. Es erscheint uns heute in der Tat undenkbar, wie diese Last in den kommenden Jahrzehnten abgetragen werden soll. Selbst wenn man alle Produktionsgebiete, die man in Ost und West uns jetzt nehmen will, behalten hätte, und wenn wir sie für unseren eigenen Besitz auszunutzen in der Lage gewesen wären, würden wir diese ungeheure Bürde kaum zu tragen vermögen. Erinnern wir uns daran, daß die Finanzreform des Jahres 1909 die für damalige Verhältnisse fabelhafte Summe von 300 Millionen Mark anforderte und daß über diese Forderung die innere Struktur des Reiches in die Brüche zu geben drohte. Wenn wir die nunmehr von der deutschen Regierung zugelasste Schuldenlast von 300 Milliarden Mark erfüllen wollten, so müßten wir 6 Millionen Deutsche alles, was wir unser eigen nennen, haben und liegen lassen, den Bettelstab ergreifen und aus dem Lande ziehen. Was werden wir unter diesen Umständen demnächst an Steuerabgaben auf uns zu nehmen haben? Darüber läßt sich jetzt noch gar kein Bild gewinnen, wenn man nicht, was der Voge der Dinge am besten angepaßt erscheint, sich die trüben Gedanken hingeben will.

Ueber eins müssen wir uns klar sein — und das ist bei unserer jetzigen Lage eigentlich das Tragikomische und das Groteske, daß wir, wenn wir unsere Schulden zahlen wollen, dies nicht anders tun können, als daß wir zu vor neue Schulden im Auslande aufnehmen. Mit anderen Worten: Wir können nicht unseren Verpflichtungen nachkommen, wenn wir nicht von unseren Gegnern oder vom neutralen Auslande Bauschulden, die in die zehnjährigen Milliarden gehen müssen, erhalten. Wir könnten ohne diese finanzielle Hilfe überhaupt nicht unser Wirtschaftsleben wieder in Gang bringen, für welches wir Rohstoffe im Werte vieler Milliarden benötigen. Auch diese Summen müssen in ihren wahren Werten bei dem Tiefstande unserer Valuta verdreifacht werden, denn angesichts der gewaltigen Schuldforderung, welche das Ausland noch gegen uns hat, ist kaum darauf zu rechnen, daß wir in absehbarer Zeit eine Verbesserung unserer Reichsmark zu erlangen vermögen.

Man wird aber auch etwas weiteres nicht verhindern können — und das wird mit das Schmerzlichste an der jetzigen Entwicklung sein — daß nämlich, durch den Tiefstand des deutschen Geldwesens angezogen, das Auslandskapital sich in einem steigenden Umfange der deutschen Industrie, wie überhaupt aller deutschen Unternehmungen sich bemächtigt. Und damit wird die Lage für unsere Arbeitskraft derart gestaltet, daß sie gezwungen wird, für das Auslandskapital und die Auslandskapitalisten zu fronden und,

Worauf die in unserer Selbstbestimmung ungeheuerlich einschneidenden Kontrollmaßnahmen der Friedensbedingungen abzielen, in ein Sklavengeld sich zu begeben. Mit den „Erzürungsmaßnahmen der Revolution“, von denen als das Erste Größte und Bedeutendste die Befreiung der Arbeiterschaft von dem angeblich unerträglichem Trude der deutschen Kapitalisten gepriesen wurde, wird es dann endgültig aus sein. Und das Niederdrückende bei dieser Sachlage wird sein, daß wir uns gegen dieses Eindringen des fremden Kapitals gar nicht wehren können, ja daß wir uns geradezu glückselig schätzen müssen, wenn wir überhaupt fremde Kapitalisten zur Unterstützung unseres Geldmarktes erhalten.

Die Anoschten, die sich bei einer solchen Entwicklung bieten, können nicht ernst und nicht traurig genug eingeschätzt werden. Wir können es heute schon als sicher ansehen, daß ein ungeheures Aufbäumen durch unsere Arbeiterschaft hindurch gehen wird, welche natürlich nicht gezogen sein wird, die Früchte der Unmöglichkeit kampflos preiszugeben. Wir müssen aber auch weiter berücksichtigen, daß dieser Kampf sich nicht gegen die eigentlichen Schuldigen und gegen die eigentlichen Verursacher dieses namenlosen Unglücks und Elends, die im Auslande sitzen, richten wird, sondern daß man nicht mit achtigen Waffen allein, sondern auch wieder mit menschenmordenden Werkzeugen den waffenführenden Streit in die Straßen und Gassen unserer Städte hineintragen und einen großen machtpolitischen Kampf mit weitestgehenden Zielen ins Werk setzen wird. Die Vorkämpfer der dritten Revolution, der größten machtpolitischen Auseinandersetzung, die jemals ein Volk erlebt hat, wehren sich bereits drohend am Horizont. Und so furchtbar es ist, wir müssen es aussprechen: Wir scheinen noch lange nicht am Ende unserer Leiden und Prüfungen zu stehen. Es scheint vielmehr, als ob unsere Demütigung so weit noch gehen müsse, daß wir in einer Zeit der größten Bedrängnis im Innern fremde Waffenhilfe zum Schutze unserer Bürger anrufen müssten. Das wäre das Ende. Niemand kann und darf das wollen, niemand, der sein Vaterland und sein Volk liebt, niemand, der es liebt und lieben muß, um so mehr es gemählt und leidbehaftet ist!

Wir geben ersten, furchtbaren Zeiten entgegen, wann der Friedensvertrag angenommen werden oder nicht. Und über den Ernst und über die Schwere des Kommenden müssen wir uns beizeiten Rechenschaft geben. Nur Klarheit und Wahrheit kann uns helfen. Nur, wenn wir die Gefahr erkennen, können wir sie meistern. Denken wir daran, daß die Schicksalsstunde, von der wir so oft im Laufe des Krieges gesprochen haben, nun wirklich in der furchtbarsten Gestalt angebrochen ist, die je einem Volke befohlen war.

Geht das Rheinland frei!

Deutschland geht seinen schwersten Stunden entgegen. Wie immer auch der Friede aussehen mag, den uns die Feinde gewähren, arm und gebrochen wird uns die Zukunft sehen. Jahre werden vergehen, ehe unser Volk sich von dem furchterlichen Schlag, den wir durch den Weltkrieg erlitten, erholen wird. Wir kennen unsere bedrängte Lage alle sehr gut. Eine weitere Schädigung erbittert sich. Unser ganzes Volk leidet bitterste Not, unser aller Herzen sinkt über Trauer um das Schicksal unseres Vaterlandes. Aber unendlich mehr schmerzt es uns, daß Verräter die Not unseres Landes dazu benutzen wollen, um sich vom Feinde Vorteile zu verschaffen. Uns fehlt der rüste Ausdruck, um das Vorgehen der Hochstapler in Speyer, Wiesbaden und Mainz gebührend zu brandmarken. Von französischen Offizieren begünstigt, magt man denn ohne Zustimmung der Bevölkerung, ohne Befragen der berechtigten Vertreter einemächsig Teile des Reiches loszureißen, Scheinrepubliken zu proklamieren, deutsches Land und deutsches Volk an fremde Herren zu verkaufen. Wir alle wissen, daß Frankreichs größter Wunsch ist, einen rheinischen Pufferstaat zu bilden. Seit dem Beginn der Besetzung ist planmäßig darauf hingearbeitet worden. Mit Lockungen und Versprechungen versuchte man

die Bevölkerung zur Trennung von Deutschland zu bewegen und damit eine Bresche in die Reichseinheit zu schlagen. Wenn es trotz allem bisher nicht gelungen ist, dieses Ziel zu erreichen, so war das nur der treudeutschen Bekanntheit des Volkes zu verdanken, das lieber die Not des Vaterlandes mittragen will, als ehrlös werden. Mit Ausnahme einiger weniger Verräter steht die rheinische Bevölkerung seifenfest zum Reiche. Das haben die Gegenmaßnahmen, die einmütigen feierlichen Proteste und Abwehrstreiks klar und deutlich bewiesen.

Wir haben schon öfter die Gelegenheit wahrgenommen, auf das schändliche Treiben des französischen Militärs in den besetzten Gebieten hinzuweisen. Zu Recht auch betonten wir immer wieder, daß das Rheinland gleich nach Friedensschluß geräumt werden müsse. Solange feindliche Truppen in unserer Westmark bleiben, wird die Bevölkerung nie zur Ruhe kommen. Immer neue Versuche werden an sie herantreten. Wir bezweifeln keineswegs, daß auch ihnen gegenüber die Rheinländer sich standhaft zeigen werden. Ihr mannhaftes Verhalten in diesen Tagen bietet uns hierfür die beste Gewähr. Aber wer garantiert dafür, daß nicht eines Tages die Erbitterung des Volkes gegen alle vom Feinde begünstigten verräterischen Machenschaften bedrohlichere Formen annimmt? Deutschlands ehrlicher Wille ist, in Zukunft mit seinen Nachbarn in Frieden und Freundschaft zu verkehren. Das ist aber nur dann möglich, wenn unter der Bevölkerung an den Grenzen nicht Mißtrauen, Unsicherheit und Haß herrschen. Eine langjährige Besetzung aber müßte zu einer dauernden Quelle von Unzufriedenheit und Zwietracht werden. Hätte man jenseits der Vogesen gleichfalls den ehrlichen Willen, mit uns Freundschaft zu halten, dann besänte man sich nicht solch verbrecherischer Mittel, die nur neue Feindschaft säen können. Im Interesse unseres Volkes. Aber auch im Interesse Frankreichs liegt es, so bald als möglich dem jetzigen Zustande ein Ende zu machen. Unsere inneren Angelegenheiten können wir allein regeln, wir brauchen keinen fremden Vormund. Darum fort mit der Besatzungsarmee!

Geht das Rheinland frei!

Der Eltern heiligste Pflicht.

Von Kirchlicher Seite wird uns geschrieben:

Die Revolution hat in unserem Vaterlande manches zerstört und vernichtet, an dem unsere Herzen in heiliger Ehrfurcht geknaben. Ruinen und Blut bezeichnen den Weg, den der Umsturz geschritten. Not und Elend haben unser Volk beunruhigt. Doch das ist noch nicht das schlimmste, was wir zu tragen haben, unseren geistigen Gütern droht weit größere Gefahr. Der Geist des Unglaubens und der Religionslosigkeit erhebt hoch sein Haupt. Die Religion soll aus dem Herzen unseres Volkes herausgerissen und der Einfluß der Kirche beseitigt werden.

Nach dem Kriege von 1870 haben die damaligen deutschen Staatsmänner auch versucht, einen Kampf gegen die katholische Kirche zu führen und in übermütiger Siegerlaune die Religion und ihre Diener zu knebeln. Es ist ihnen nicht gelungen, unsere Väter haben sich mannhaft gekehrt und allen Stürmen und Verfolgungen getrotzt. Was ihnen damals möglich war, das müssen wir auch heute vermögen. Der Kampf, der jetzt tobt, ist weit drohender und gefährlicher. Der Grundstein, auf dem sich unsere Kirche in Deutschland aufbaut, soll entfernt werden. „Heraus mit der Religion aus der Schule“, das ist der Slogan der Kirchenfeinde. Die Herzen unserer Kinder will man vor dem Einfluß der Kirche bewahren, darum muß die konfessionelle Schule beseitigt werden und an ihre Stelle eine Simitan-, eine religionsfeindliche Schule treten. Fieberhaft wird gearbeitet, um endlich überall die sogenannte Einheitschule überall einzuführen.

Können wir das ruhig mit ansehen? Wer trägt die Verantwortung, wenn unsere Kinder der Religion ihrer Väter entfremdet werden und verloren gehen müssen? Das wären schlechte Eltern, die nur für das materielle Wohl unserer Jugend sorgen wollten und sich um die Bedürfnisse ihrer Seelen nicht kümmerten. Ohne Religion fehlt jede sittliche Grundlage. Alles, was der Krieg uns geraubt und die Revolution zerstört hat, können wir verschmerzen, weil es vergängliche Güter sind, die wir mit der Zeit uns von neuem erwerben können. Aber die geistigen Güter eines Volkes sind auf ewig verloren, wenn wir sie freiwillig aus der Hand gegeben.

Und darum ist es heilige Pflicht, sich dagegen aufzuheben. Die Eltern sind die Hüter der Seelen ihrer Kinder, nur sie allein sind dafür verantwortlich. Darum dürfen sie sich niemals das Recht der Mitbestimmung an der Erziehung der Kinder nehmen lassen. Es sind ihre Kinder, sie haben die ersten Rechte darauf, dann erst kommt der Staat. Mag der Auf nach Enttarnung der Religion und nach religionsloser Erziehung unserer Kinder noch so laut durch unser Land hallen, mögen alle kirchenfeindlichen Elemente noch so große Anstrengungen machen, wenn wir nicht mittragen, wenn wir uns den Einfluß auf die Erziehung unserer Kinder und auf die Schule zu wahren wissen, dann ist alles Fort der Religionsfeinde unsonst. „Wer die Jugend hat, der hat auch die Zukunft.“ Vergessen wir das nicht! In unsere Hand ist die Zukunft unseres Volkes gelegt, weil wir über unsere Kinder am ersten zu entscheiden haben, geben wir aber unsere Elternrechte preis, dann geben wir auch unsere Zukunft preis.

Die Rätefrage.

Der vom Verfassungsausschuß der Nationalversammlung in erster Lesung in der Fassung des Entwurfes des Interkommunales gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommene Artikel 57 der Grundrechte, der vom Räte-system handelt, lautet: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt mit den Unternehmern in der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt. Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesellschaftliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten und im Reichsarbeitsrat. Die Betriebsarbeiterräte und der Reichsarbeitsrat treten zur Lösung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer oder sonst beteiligten Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und im Reichswirtschaftsrat zusammen. Die Bezirkswirtschaftsräte und der Reichswirtschaftsrat sind zu einer Vertretung der wichtigsten Berufsgruppen entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen und sozialen Bedeutung auszugestalten. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzwirksamkeit von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Beschlüsse beim Reichstage zu beantragen, die ebenso wie Vorlagen der Reichsregierung zu behandeln sind. Er kann dazu Vertreter abordnen, die mit Vertretern der Länder an den Verhandlungen teilnehmen können. Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiegen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden. Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern zu regeln, ist ausschließlich Sache des Reiches.“

Durch schwere Not . . .

Originalroman von Anni Gruschka.
(39. Fortsetzung.)

„Aber, Mutterchen, bist du denn blind? Merkst du denn nicht aus irgend Kleinigkeiten, daß zwischen den beiden ein geheimes Einverständnis besteht?“

„Doch, das merke ich schon. Nur muß es ja nicht gerade Liebe sein? Liebe blickt anders. Da möchte ich viel eher glauben . . .“

„Was?“ fragte Greuzach, da sie abtrah und nachdenklich vor sich hinblickte.

„Daß Eberhard Bernis sie heimlich liebt!“

„Eberhard? Der könnte doch ihr Großvater sein! Wo! Einen so alten Mann würde sie gerade nehmen!“

„Das steht ja auf einem andern Blatt. Jedenfalls verhalten beide sich außergerwöhnlich gut. Bernis sucht ihre Gesellschaft, wo immer es möglich ist, und Schwester Elisabeth meidet die seine auch nicht, sonst würde sie nicht so häufig nach Ehrenhofen gehen!“

„Das hat Sessa dir eingegeben!“

„Du weißt, daß ich auf der guten Sessa Redereien herzlich wenig gebe! Ich spreche auch nur zu dir darüber, Hans, weil du dir die Geschichte mit Willened und Schwester Elisabeth nicht ausdenken läßt.“

„Aber der Junge ist doch nun einmal ganz verändert, seit Schwester Elisabeth hier ist! Denke doch, wie bummelwichtig er früher war, stets voll Schwaden und Schnurren, fast wie die Triri in ihrer guten Zeit! Und nun immer ernst, gemessen, schweigend . . .“

„Das hat vielleicht einen ganz anderen Grund, lieber Hans,“ lächelte die Gräfin ein wenig verschmüht.

Friedrich, der einen Brief brachte, unterbrach das Gespräch.

„Von Willfried!“ sagte der Graf erfreut. „Endlich! Zeit anderthalb Monaten kam keine Nachricht von ihm, außer den paar lästigen Postkarten, worin er sein Wohl befinden meldet und daß seine Eskadron unterwegs nach einem anderen Kriegsschauplatz sei! Nun endlich . . .“

„Nun,“ unterbrach er sich beiläufig beim ersten Blick in den entfalteten Brief, „Feldspital Galizien . . .“

„Um Gotteswillen — er ist abermals verwundet?“ unterbrach ihn die Gräfin bebend. Greuzach, der inzwischen die erste Seite überflogen hatte, schüttelte den Kopf.

„Nicht verwundet . . . krank. Ein schwerer Gelenkrheumatismus, der ihm auch seit Wochen am Schreiben hinderte. Nun ist es schon besser.“ Die Gefahr vorüber, aber wie die Ärzte prophezeien, wird es lange, sehr lang dauern, ehe er wieder ganz am Damm ist! . . .“

Er wandte das Blatt. Die Gräfin hatte den Kopf über seine Schulter geneigt und las mit ihm zugleich.

Willfried schrieb, daß er den Tod Gebhards erst vor wenigen Tagen erfahren habe, da durch die Verlegung seiner Eskadron und seinen Transport ins Spital alle Postverbindungen mit den Seinen in Unordnung geraten. Er war tief erschüttert durch den Verlust des Bruders und sprach den Eltern in warmen Worten sein Mitgefühl aus. Ganz zuletzt war es er: „Ich bin dir auch noch Antwort schuldig auf deine Frage, lieber Papa, was es mit dem Gerücht meiner Verheiratung auf sich hätte? Vor allem: Es ist kein Gerücht, sondern Wahrheit! Wenn ich bisher euch gegenüber darüber schweige, geliebte Eltern, so bitte, rechnet es mir nicht als Feilschaft oder Verlogenheit an. Ich habe, wenn meine Gattin auch bürgerlicher Herkunft ist und sich ihr Brot selbst verdient, doch keinerlei Grund, mich meiner

Wahl zu schämen. Ich schwieg, weil es mir eben an Zeit gebrach, euch mit Anneliese vorher bekannt zu machen und meine Heirat in der hergebrachten Form zu vollziehen. Der Entschluß, mich kriegsstraufen zu lassen, kam ziemlich plötzlich und wurzelte in dem Wunsch, das Weib meiner ersten und einzigen Liebe für alle Fälle unabhängig zurückzulassen. Eurer späteren Genehmigung — wenn ihr Anneliese erst selbst kennt — war ich sicher und bin es heute mehr denn je. Alles weitere aber soll bleiben wie es ist. Ich selbst will euch meine Frau zuführen und zweifle nicht, daß ihr sie dann mit offenen Armen willkommen heißen werdet.“

„Meine Krankheit wird diesen Zeitpunkt ja beschleunigen,“ schloß der Brief. Denn, wie man mir sagt, soll ich morgen nach einem Spital des Hinterlandes transportiert werden. Von dort wird es wohl keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bieten, in das Graditzker Reforvalezentenheim zu kommen, sobald mein Zustand dies erlaubt . . .“

Die beiden alten Leute saßen ganz still und blickten bekommen vor sich hin. Weiden war das Herz schwer, aber keineswegs dem, was sie erfüllte, Worte zu geben. War doch Willfried nun ihr Einziger . . . sollten sie ihn von sich stoßen wegen dieser Heirat, auch wenn diese ihnen manchen schönen Zukunftsstraum zerstörte? Denn daran würden ja auch alle etwaigen guten Eigenschaften der unbekanntem Schwiegertochter nichts ändern: Der bisher so reine Stammbaum des alten Geschlechtes bekam einen Flecken durch ihren Eintritt. Die Kinder des nunmehr letzten Greuzachs würden auf manche Vorrechte verzichten müssen, die ihnen seit Jahrhunderten gebührten . . .“

„Na — wir müssen es eben ertragen, Mutterchen,“ sagte der Graf endlich mit einem tiefen Seufzer.

Donne
Deutfe
Bi
irages b
sich, jän
auf seine
während
lasten un
bilden. I
Hypothek
Eranspor
Erachten
österreich
nehmen
Gold von
in der K
dem Raif
daber au
religiösen
bahnen u
standen.
Jede
ungarische
ausgenom
die Krieg
befreit, u
der österr
österreich
anderen
Wien
bezeichnen
stimmend
„Neue W
binet s
und unmi
Deutsch-
Schriftst
bestimmu
ellen Gre
Großmäd
maria u
Die
W
Von
belegten
„Ug. D
die Rhein
haben oft
sich glän
mal gab
Platzlieb
im franz
die Amer
Knte best
erkennen
freit der
Hörsgebie
daß das
der Funge
einige Bes
gewolltes
Berli
die Witwe
durch den
Im
habe ich
verdrätter
siche We
ten. Die
Kustufe:
haben die
darunter
geordnet
Wienber
kefliche M
die Verfu
Willensau
Schlichter
Abelung,
Gene
Ichungen
würdigen
genden J
De
Regieru
will, d
§ 81 d
deutsche
Tiefe
tundige
deutsche
ierten Reg
licher mill
sei denn,
nehmen,
Methoden
gelangen.
Frank
Einflüß
Dorten
so heißt e
Zeltung“

Deutschösterreich hat die ganze Kriegsschuld allein zu bezahlen.

Wien, 4. Juni. Die finanziellen Artikel des Vertrages von St. Germain bestimmen: Oesterreich verpflichtet sich, sämtliche Lasten der Erhaltung des Okkupationsheeres auf seinem Gebiete seit Beginn des Waffenstillstandes und während der ganzen Okkupationsdauer zu decken und diese Lasten werden die erste Hypothek auf seine Einnahmen bilden. Die Lasten der Wiederaufrichtung werden die zweite Hypothek bilden, soweit der Zahlungsvorrang nicht für den Transport von Waren, welche die Verbündeten als dringend erachtet, zuerkannt wird. Bis zum 1. Mai 1921 wird die österreichische Regierung eine Goldausfuhr weder unternehmen noch gestatten, und ebensowenig die Vermehrung von Gold ohne vorherige Zustimmung der Vertreter der Alliierten in der Kommission für Wiederaufrichtung. Jeder der aus dem Kaiserthum Oesterreich-Ungarn entstandenen Staaten, daher auch Oesterreich, wird einen gewissen Teil der österreichischen Vorkriegsschulden übernehmen und werden Eisenbahnen und Salzbergwerke, wie sie im August 1914 bestanden, die Garantie bilden.

Jeder der neuen aus der gewesenen österreichisch-ungarischen Monarchie entstandenen Staaten, Oesterreich ausgenommen, wird von allen Verpflichtungen, betreffend die Kriegsschuld der gewesenen österreichischen Regierung befreit, wer immer auch Schuldner sei. Die Kriegsschuld der österreichischen Regierung im Auslande wird auf die österreichische Regierung übertragen und keineswegs auf die anderen Staaten.

Das „Unannehmbare“ in Oesterreich.

Wien, 4. Juni. (Storr-Bureau.) Die Abendblätter bezeichnen die Friedensbedingungen der Entente übereinstimmend als unannehmbare und undurchführbar. — Das „Neue Wiener Abendblatt“ erfährt, daß der geistige Rabinetsrat die Friedensbedingungen als unannehmbare und unmöglich erkannt habe. Die Politik der Entente treibe Oesterreich unweigerlich zur Nationalitätspolitik. Das Schriftstück von St. Germain sei ein Hobn auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Oesterreich würde an allen Grenzen der Fremdherrschaft überantwortet. Die Großmächte hätten einfach niedergelassen, was stramm und Trumbitsch diktiert hätten.

Die hochverräterische Bewegung im Rheinland.

Wie die „rheinische Republik gemacht“ wurde von einem höheren Beamten, der soeben aus dem besetzten Rheinland nach Berlin zurückgekehrt ist, bringt die „Allg. Deutsche Ztg.“ eine anschauliche Schilderung, wie die Rheinische Republik gemacht wurde. Die Franzosen haben oft gesagt, heißt es in dieser Schilderung, daß sie sich glänzend auf theatralische Inszenierung verstehen. Diesmal gab es kein Schauspiel, sondern höchstens Arbeit von Plakatlebern. Charakteristisch war, daß die Plakate nur im französischen Besatzungsabschnitt angebracht wurden. Die Amerikaner erklärten ausdrücklich, daß sie nur die im Amte befindlichen preussischen Beamten und Behörden anerkennen könnten. Im übrigen dürfte der Demonstrationsstreik der gesamten Arbeiterschaft im französischen Okkupationsgebiet den Franzosen die Augen darüber geöffnet haben, daß das rheinische Volk trotz fünf Jahre des Krieges und der Hungerblockade noch nicht so gemitert ist, um sich durch einige Verräter und Plakatleber ein von ihnen nicht gewolltes Staatsgebilde aufzwingen zu lassen.

Eine dritte Note Erzbergers.

Berlin, 4. Juni. Nachdem weitere Einzelheiten über die Mitwirkung der Franzosen bekannt geworden sind, hat der Reichsminister Erzberger heute eine dritte Note durch den General v. Hammerstein überreichen lassen:

Im Anschluß an meine beiden vorangegangenen Noten habe ich über weitere unerhörte Begünstigungen des hochverräterischen Treibens im besetzten Gebiete durch französische Besatzungsbehörden nachdrücklich Beschwerde zu führen. Die heftige Regierung erklärt in einem öffentlichen Aufrufe: „Unter schlimmster Verletzung des Völkerrechts haben die Franzosen mehrere politische Führer verhaftet, darunter den Vorsitzenden der heftigen Volkskammer Abgeordneten Adlung-Wainz. Gestützt auf die unzweideutige Willenserklärung der rheinischen Bevölkerung erhebt die heftige Regierung vor aller Welt lauten Einspruch gegen die Verhinderung der französischen Militärbehörden, den wahren Willensausdruck Rheinens zu knebeln.“ Ich ersuche, den Präsidenten der heftigen Volkskammer, Abgeordneten Adlung, alsbald in Freiheit setzen zu lassen.

General Mangin in Mainz setzt die größten Verletzungen des Waffenstillstandsvertrages fort. Nach glaubwürdigen Nachrichten ließ er in Mainz große Plakate folgenden Inhalts anbringen:

Verschiedene Zeitungen melden, daß die deutsche Regierung Maßnahmen gegen solche Bürger ergreifen will, die sich für die neue Regierung erklären. Der § 81 des deutschen Strafgesetzbuches, auf den sich die deutsche Regierung beruft, ist aufgehoben.

Gen. Mangin.

Diese Verfügung des Generals Mangin ist eine offenkundige Verletzung des Waffenstillstandsvertrages. Die deutsche Regierung erwartet, daß die Alliierten und assoziierten Regierungen dem politischen Treiben unverantwortlicher militärischer Befehlshaber ein rasches Ende setzen, es sei denn, sie wollten die Verantwortung dafür auf sich nehmen, daß durch sie die von allen Völkern verworfenen Methoden des Militarismus zu neuer brutaler Herrschaft gelangen.

Dorten.

Frankfurt a. M., 4. Juni. Gestern sollte die feierliche Einführung des Präsidenten der neuen Republik Dr. Dorten stattfinden. Sächsische und amerikanische Reporter, so heißt es in einem Stimmungsbild, das der „Frankfurter Zeitung“ aus Wiesbaden zur Verfügung gestellt wird,

waren im Auto erschienen, um dem denkwürdigen Vorgang beizuwohnen. Aber im Landeshaus konnten sie weder den neuen Präsidenten, noch die von ihnen als seine Leibwache erwarteten französischen Offiziere auffinden, und so mußten sie sich damit begnügen, sich von dem Landeshausförderer die für den feierlichen Akt vorgesehenen Räume zeigen zu lassen. Schon sehr enttäuscht fuhren sie darauf zum militärischen Oberbefehlshaber des Bezirks Wiesbaden, Herrn Vinot, der aber zu seinem lebhaften Bedauern „so stark beschäftigt“ war, daß er sie nicht empfangen konnte. Sie fuhren deshalb zum Landeshaus zurück und hinterließen beim Förderer die Bitte, ihnen nach Mainz zu telephonieren, ob die Feier wirklich stattfände. Aber es dürfte zu dieser Feier wohl nicht kommen, denn die Franzosen scheinen Herrn Vinot gänzlich fallen gelassen zu haben, nachdem sie von den deutschen Behörden über dessen Hochtaplernatur aufgeklärt worden sind. Heute morgen wurde einer sozialistischen Abordnung gesagt, an Herrn Vinot liege den Franzosen gar nichts; sie, die Sozialisten, könnten sich ruhig an seine Stelle setzen und die Regierung der rheinischen Republik übernehmen. Die Wiesbadener haben den Eindruck, daß dieser Putsch erledigt sei dank dem einmütigen Zusammenhalten der meisten deutschen Behörden und der Bevölkerung.

Tagesmeldungen.

Wilson.

Amsterdam, 4. Juni. „Daily Mail“ meldet aus Paris vom 3. Juni: Es ist zweifellos ein Geist der Versöhnung zu bemerken: Wilson steht mit der ganzen amerikanischen Abordnung bedingungslos auf dem Standpunkte, daß der Friedensvertrag residiert werden muß. Man glaubt nicht, daß Lloyd George, der meint, daß sich im Vajettic-Hotel ein energischer Einfluß zur Verbesserung des Vertrages geltend macht, irgendwie von der Ansicht seiner britischen Kollegen abweichen will. Man muß natürlich der Haltung der Franzosen Rechnung tragen. Aber auch für Frankreich ist es von größter Bedeutung, einen Frieden zu schließen, der durchführbar ist. Der Korrespondent der „Daily News“ glaubt, daß in den Fragen des Saarbeckens, der Schadenersatzung, der Häfen und Wasserwege, möglicherweise auch der territorialen Bestimmungen im Osten Europas Änderungen von mehr als formeller Bedeutung nicht zu erwarten seien.

Holländischer Protest.

Haag, 4. Juni. Die Leitungen der verschiedenen römisch-katholischen und christlichen Organisationen in Holland, hinter denen 500 000 Personen stehen, haben eine Entschliebung an die niederländische Regierung und den Obersten Kriegsrat in Versailles geschickt, worin die Ansicht ausgesprochen wird, daß es im Interesse der Wiederherstellung der guten Beziehungen zwischen den Völkern Europas liegen würde, wenn die Vertreter der alliierten Regierungen sich entschließen könnten, die wirtschaftlichen Paragraphen der deutschen Bedingungen wesentlich zu mildern. Erst, wenn ein Wiederaufbau des Lebens in Deutschland wieder möglich sei, würde der Bolschewismus und die Gefahren, die durch denartige revolutionäre Umtriebe auch für andere Länder entständen, beseitigt werden können.

Schweden und Dänemark gegen die Blockade.

Paris, 4. Juni. Es wird gemeldet, daß Schweden und Dänemark sich in ihrer Antwort auf die förmliche Anfrage der Ententemächte geweigert haben, bei einer eventuellen Erneuerung der Blockade gegen Deutschland mitzuwirken.

Fälschungen.

Die „D. N. Z.“ schreibt unter dem Zeichen für offiziöse Mitteilungen folgendes: Daß die feindliche Presse unter dem moralischen Druck der deutschen Gegenvorschläge nicht immer einwandfreie Mittel sucht, um Zwietsch zwischen uns zu säen, ist nach den Erfahrungen, die wir mit der feindlichen Presse erlebt haben, nicht verwunderlich. Es ist nicht gerade das Zeichen des guten Gewissens, wenn sie zu Fälschungen ihre Zuflucht nimmt. Mit ängstlicher Zähigkeit klammert sich ein Teil der Pariser Blätter an die frei erfundenen, unter der Spitzmarke „Aktienstück“ oder „Brief“ Erzbergers in der Diskussion des Friedensentwurfs gebrachten sensationellen Mitteilungen zweier anglo-amerikanischer Blätter über Erzbergers angebliche Zukunftspläne. Einige deutsche Berichtskatter in Versailles durchschauten auf den ersten Blick das Mandover und haben ihren Berichten das Fragezeichen des Zweifels deutlich beigegeben, andere allerdings gaben ihre Aussagen aus der feindlichen Presse ohne Anmerkung in die Heimat weiter. Jetzt aber muß endlich Klarheit geschaffen werden. Von amtlicher Seite ist bereits zweimal in aller Form der Inhalt der beiden erwähnten Zeitungsartikel als dreifache Fälschung erklärt worden. Namentlich hat die gesamte deutsche Presse ohne Unterschied der Partei im Hinblick auf die Not der Stunde die Pflicht, die feindlichen Lügen rückwärtslos niederzuschlagen. Niemand wird uns zwingen, an plumpe Fälschungen weiterhin auch nur noch ein Wort und eine Minute zu vergeuden.

Die Pariser Anstände

Berlin, 4. Juni. Laut Lokalanzeiger aus Genf befinden sich nach dem Pariser Journal 275 000 Metallarbeiter unter den 350 000 Ausständigen. Ein Ersatz der städtischen Verkehrsbeamten bei der Straßenbahn, der Untergrundbahn und den Omnibussen durch Militärkräfte wurde noch nicht gemacht. In den Versammlungen wird die Entente politik scharf getadelt. Nach einer Meldung des Berl. Tagebl. liegen im Haag unbehängte Gerichte über Unterbrechung der Drahtverbindung aus französischen Streikbewegung wird von den sozialistischen Blättern in Paris offen zugegeben.

Die Reichsfarben.

Berlin, 4. Juni. In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung

wurde in der Abstimmung über die Reichsfarben die Reinerhaltungsvorlage, welche die Farben schwarz-rot-gold vorsetzt, mit 15 Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten mit Ausnahme des Abg. Koch-Kassel gegen 11 Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und des Abg. Koch-Kassel angenommen.

Nähe in München.

München, 4. Juni. Ueber die Lage in München wird vom Truppenkommando Mühl gegenüber den wilden im Lande verbreiteten Gerüchten folgender Bericht gegeben: In München herrscht Ruhe. Daß hier und da noch von vereinzelt spartakistischen Fanatikern auf Posten und Patrouillen geschossen wird, ist eine erklärliche Erscheinung und gehört zu den Nachwehen des Umsturzes. Ebenso ist dem Truppenkommando bekannt, daß die Spartakisten ihre Wahlarbeit fortsetzen. Gegen Putschversuche sind von der Militärbehörde alle Vorkehrungen getroffen. Die Sicherheit der Stadt und ihrer Einwohner ist durch die getroffenen militärischen Maßnahmen gewährleistet.

Die Beurteilung Levinés

München, 4. Juni. Das Todesurteil gegen Leviné-Wissen löste folgende Gründe an: Die Handlungswelle begründet ein Verbrechen des Hochverrats. Leviné war ein fremder Eindringling in Bayern, dessen staatsrechtliche Verhältnisse ihn nicht im geringsten bestimmten, sein Ziel verfolgte er ohne jede Rücksicht auf das Wohl der Gesamtbevölkerung, obwohl er wußte, daß dem Lande der innere Frieden dringend notwendig sei. Bei seinen hohen Geistesgaben überblickte er die Tragweite in vollstem Maße. Wer in solchem Maße mit dem Schicksal eines Volkes verfährt, bei dem steht fest, daß seine Handlung aus einer ehrlösen Gesinnung entsprungen ist. Aus diesem Grunde wurden dem Angeklagten mildernde Umstände verweigert; das Gericht erachtet vielmehr strengste Sühne als dringendstes Gebot der Gerechtigkeit.

Toller verhaftet

München, 4. Juni. Heute früh wurde in Schwabing der wegen Hochverrats gesuchte Student der Rechte Ernst Toller, geboren am 1. Dezember 1893 in Samotischin, verhaftet.

Nachrichten aus Sachsen.

Katholische Eltern Leipzigs!

Freitag den 6. Juni, abends 8 Uhr im „Auguste-Schmidt-Haus“, Dresdener Straße 7, öffentliche Versammlung. Abgeordneter Reichsgerichtsrat Burlage spricht über „Die Schule in der Reichsverfassung.“ Es soll Protest gegen die Einführung der religionslosen Schule in Sachsen, gegen die „Leipziger Theken“ und gegen die gegenwärtige Verkürzung des Religionsunterrichts protestiert werden. Alle Katholiken sind eingeladen. Erscheint in Massen!

Die Sächsisch-Böhmische Dampfschiff-Fahrts-Gesellschaft wird anlässlich des Pfingstfestes außer dem im großen Sommerfahrplan vorgesehenen Fahrten am 1. und 2. Feiertage folgende Sonderfahrten verkehren lassen. Auf der Strecke oberhalb Dresdens: vorm. 7 Uhr von Dresden bis nach Rathen, eintreffend in Rathen vorm. 10,25 Uhr; nachmittags 3,30 Uhr wird diese planmäßig nur bis Pillnitz festgelegte Fahrt ebenfalls bis Rathen ausgeführt, eintreffend in Rathen nachm. 6,55 Uhr. Umgekehrt nach Dresden kommt nachstehende Sonderfahrt zur Ausführung: vorm. 11 Uhr ab Rathen, eintreffend in Dresden nachm. 1,30 Uhr. Auf der Elbstraße unterhalb Dresdens: nachm. 4 Uhr von Dresden bis nach Meißen, eintreffend in Meißen nachm. 5,45 Uhr; umgekehrt nach Dresden: nachm. 7 Uhr ab Meißen nach Dresden, eintreffend in Dresden nachm. 9,40 Uhr. Außerdem wird bei Bedarf an beiden Feiertagen von vorm. 8—11 Uhr und nachm. von 1—5,30 Uhr bis Pillnitz halbstündiger Verkehr eingerichtet, und umgekehrt werden von Pillnitz nach Dresden halbstündig Dampfer verkehren: vorm. 9,30 bis 1 Uhr und nachm. von 5 bis 9,30 Uhr. In sämtlichen Fahrten werden alle Unterwegsstationen angefahren. Besondere Fahrpläne hängen allort aus.

Aus Dresden.

Verteilung von ausländischem Bäckfleisch in der Aushausmannschaft Dresden-Meistadt. Auf Abschnitt 1 der Einsatzkarte für ausländisches Bäckfleisch erhalten Sonnabend den 7. Juni 1919 Personen über 6 Jahren 125 Gramm, Personen bis zu 6 Jahren 60 Gramm Bäckfleisch. — Marmelade-Verteilung. Abschnitt 17 der weißen Brotausfuhrkarte wird mit 100 Gramm Marmelade, der roten Brotausfuhrkarte mit 125 Gramm Marmelade beliefert.

Sächsische Landesbibliothek. Wegen Reinigung der Bücherfäle bleibt die Bibliothek in der Woche nach Pfingsten geschlossen. Bücherbestellungen, die bis Donnerstag, den 12. Juni, 9 Uhr früh, eingehen, bleiben unerledigt und sind im Bedarfsfalle zu erneuern. Später eingehende Bestellungen werden ausgeführt und liegen ab Montag, den 16. Juni, 11 Uhr vormittags, zur Abholung bzw. zur Benutzung bereit.

Die Drahtseilbahn Loschwitz-Weißer Hirsch wird nach Beendigung der Tunnelbauarbeiten vom nächsten Freitag ab wieder in Betrieb gesetzt. Die Wagen verkehren wie früher von früh 8,06 bis abends 11,13 Uhr in Zwischenzeiten von 10 bzw. 12 Minuten.

Die Elektrizitätsversorgung gefährdet! Das Betriebsamt für die städtischen Wasser- und Elektrizitätswerke schreibt: Trotz größter Anstrengungen ist es nicht möglich gewesen, die für den Betrieb der städtischen Elektrizitätswerke zu Dresden erforderlichen Kohlenmengen bereinzubekommen, und auch der unmittelbare Bezug von elektrischem Strom aus anderen Werken entspricht durchaus nicht dem Bedarf, weil auch dort Schwierigkeiten in der Stromerzeugung entstanden sind. Es muß daher leider mit der Tatsache gerechnet werden, daß beim Fehlschlagen der letzten Versuche, ausreichende Mengen Kohle

und auswärtigen elektrischen Strom zu erhalten, demnachst sehr scharfe Einschränkungen in der Stromabgabe im Dresdner Stromerzeugungsgebiete und im Straßenbahnbetriebe eintreten müssen.

Kirche und Unterricht

in Dresden-Joh. In der Herz-Jesu-Kirche findet morgen, Freitag, den 6. Juni, die Auslegung des Allerheiligsten von früh 7 Uhr bis zur Abendandacht statt.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden. „St. Ludia“, katholischer kaufmännischer Verein weiblicher Angestellter und Beamtinnen. Am Freitagabend, den 5. Juni, wurde im Saale ein Vortrag gehalten.

Bärenstein (Bez. Chemnitz)

Am Sonntag, den 2. Juni, wurde in der jungen neugegründeten Gemeinde in Bärenstein ein Fest gefeiert. Am Sonntag gingen 14 Kinder (10 aus Bärenstein, 4 aus Niederbach) in der überaus festlich geschmückten Kirchenkapelle zu Weipert i. B., welche einstweilen als Gottesdiensthalle für die nächst noch heimliche Gemeinde dient.

folgte ein lustiges Zwiegespräch der Damen Verba Dienelt und Anna Bösch, die wie auch die übrigen freundlichen Teilnehmer Mitglieder der Weipert-Kongregation, Expositus Kirch referierte noch über den Stand der Pfarrhaus- und Kirchenbaufrage.

Kunst, Wissenschaft und Vorträge

Dresden, 1. Juni. In der Dreifaltigkeitskirche fand am Sonntagabend eine Aufführung des „Deutschen Requiem“ von Brahms statt, die als recht gelungen bezeichnet werden kann.

Dresden, 3. Juni. Gestern Abend fand im Opernhaus nach langjähriger Pause eine Neuauflage der zuletzt unter dem un-ergründlichen Meister Schuch gehörigen „Vohdeme“ von Baccini statt.

Sächsische Volkskammer.

Dresden, 4. Juni. Die Sächsische Volkskammer beschäftigt sich in ihrer heutigen 39. öffentlichen Sitzung in Gegenwart der Minister Uhlig, Schwarz und Kirchhof mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Wahlen für die Gemeindeverwaltung.

Abg. Dr. Ventler (Deutschnat.) dankt den zurück-tretenden Gen.-einderatsmitgliedern für ihre selbstlose Tätigkeit. Nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen könne zum Beispiel auch ein Unmündiger Oberbürgermeister von Dresden werden.

Vizepräsident Lipinski (Unabh.) bemerkt, daß seine Freunde dem Beschlusse zustimmen würden. Solange die Ehrenämter in den Händen der Bestehenden waren, seien die Aufwandsentschädigungen nicht notwendig gewesen.

Minister des Innern Uhlig ist der Meinung, daß durch das Gesetz alle Mißverständnisse und Unstimmigkeiten vermieden werden. Ein Unwürdiger werde in eine leitende Stellung nicht gewählt werden.

Abg. Müller (Soz.) spricht sich für die Aufwands-entschädigungen aus.

Der Beschlusse wurde schließlich nach dem Gutachten des Ausschusses angenommen. Der Antrag Ventler, das Unmündige von der Wählbarkeit ausgeschlossen sein sollen, sowie der Antrag desselben Abg., das nur wirkliche Verluste entschädigt werden sollen, wurden abgelehnt.

An zweiter Stelle stand die Beratung der Interpellation des Abg. Büchig (Unabh.) und Gen. betr. die Neuwahlen des Arbeiterrates in Leipzig.

Abg. Viehmann (Unabh.) begründet die Interpellation und erzählt eine Menge Einzelheiten über angebliche Ausschreitungen der Rotkrieger in Leipzig.

Minister des Innern Uhlig erwidert dem Redner, sein Material zur Verfügung zu stellen, damit die Mitteilungen unterfucht werden könnten. Im übrigen möchte er fragen, wie ein Wahlkampf möglich gewesen sein sollte unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Leipzig.

Minister für Militärwesen Kirchhof erwidert den Interpellanten gleichfalls um das Material über seine Ausführungen. Selbstverständlich seien die Schutztruppen nicht zum Schutze der Privatinteressen der Unternehmer da.

Abg. Dr. Renke-Winkert (Dem.) dankt dem General Wärdner und seinen Truppen für die Wiederherstellung der Ordnung in Leipzig.

Vizepräsident Lipinski vertritt die Interpellation und findet mit seinen Ausführungen mehrfach lebhafteste Zustimmung.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur Paul Schlein; für den Inseratenteil: Edwin Schön. — Druck und Verlag der „Saxonia-Buchdruckerei“ G. m. b. H. in Dresden.

Dringende Einladung an alle kathol. Eltern Leipzigs Freitag, den 6. Juni 1919, abends 8 Uhr im „Auguste-Schmidt-Haus“, Dresdner Str. 7

Oeffentliche Versammlung

- 1. Reichsgerichtsrat Burlage, Mitglied der National-Versammlung, spricht über das Thema: Die Schule in der Reichsverfassung
2. Protest gegen die Einführung der religionslosen Schule in Sachsen, gegen die „Leipziger Thesen“ und gegen die gegenwärtige Verkürzung des Religions-Unterrichtes.

Alle Katholiken sind herzlich eingeladen.

Katholische Eltern!

Es ist unsere Pflicht, für die religiöse Schulerziehung unserer Kinder einzutreten. Haupt-Eltern-Ausschuß der katholischen Gemeinden in Leipzig

Dresdener Lehranstalt für Musik

Direktor: Organist Paul Waldo Dresden-Neustadt Melanchthonstraße 25 Sprechst. 12-1 A. * Fachschule für alle Zweige der Tonkunst für Beruf und Haus *

Hervorragend gut und preiswert sind meine Foco-Klappkameras Liste 200 hierüber sowie über Neuerscheinungen anderer erster Firmen zur Verfügung. Photohaus Wänke, Eitz Moritz-Str. Ringstr.

3-4 Zimmerwohnung zum 1. Oktober in Dresden oder einem Vororte Dresdens gesucht. Beste Zuschriften unter „R. G. 4324“ an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Reinleinene Schürzen Klebenschürzen blau Zellstoff St. M. 5.00, 3 St. M. 16.50 rein Leinen „ 14. — „ 41. — Frauenwirtschaftsschürzen, elegant Pa. Zellstoff St. M. 9.50, 3 St. M. 27. — rein Leinen „ 25.00 3 „ 75. — Damenhausechürze, sehr vornehm allein Zellstoff St. M. 15. — 3 St. M. 46. — rein Leinen „ 23.50 3 „ 66. — Kleiderschürze Pa. Pa. Zellstoff St. M. 34. — 3 St. M. 95. — Männerschürze blau Zellstoff, St. M. 6.25 3 St. M. 18. — Scheuertücher St. M. 9. — und M. 12. — August Reittig, Dessau M. 669

Verlobungs-Verählungs-Visitenkarten liefert schnell u. preiswert Saxonia-Buchdruckerei G. m. b. H. Dresden-A., Halberstr. 46.

Gebirgshängenseilken schönster Balkonschmuck 10 St. M. 7. —, 1 St. 75 Pfg. Riesen-Edel-Dahlion 10 St. M. 7. —, 1 St. 75 Pfg. Zeiger & Faust, Dresden-A., Wettinerstr. 2

Sächsische Staats-Lotterie Ziehung 1. Klasse 18. u. 19. Juni 1919 110000 Lose, 55000 Gewinne im Betrage von 20801000 Haupttreffer evtl. 800000 speziell 300000 500000 200000 150000 100000 Preise der Lose 1. Klasse nebst v. d. L.-D. verfügbaren Teuerungszuschlägen: 1/10 1/5 1/2 1/1 6.10 10.20 25.00 51. — Voll-Lose für alle Klassen gültig 1/10 1/5 1/2 1/1 25.00 51. — 127.50 255. — Eduard Renz, Sächs. Staats-Loth.-Einsparbank Dresden-A., Annenstraße 8 Bank-Ko.: Allg. Deut. Kredit-Anstalt

Ämtliche Bekanntmachungen.

Sichergestellte Fleischmengen im Bezirke der Amtshauptmannschaft Dresden-Albstadt in der Woche vom 2. bis 8. Juni 1919. Für die Woche vom 2. bis 8. Juni werden im amtshauptmannschaftlichen Bezirke sichergestellt: a) für Personen über 6 Jahren: 125 g Fleisch- oder Geflügelfleisch. b) für Personen unter 6 Jahren: 65 g Fleisch- oder Geflügelfleisch. Als Ersatz für die ausfallende Fleischmenge werden in der kommenden Woche für Personen über 6 Jahren 56 g Graupen und für Personen unter 6 Jahren 28 g Graupen ausgegeben werden. Dresden-Albstadt, den 4. Juni 1919. Die Amtshauptmannschaft.

Achtung, Pfarrämter! Protesterklärungen zum Sammeln von Unterschriften gegen die Einführung der konfessionslosen Schule sind zu beziehen durch die Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung Holbeinstr. 46. Fernruf 21 866.

Ueberführungen und Beerdigungen übernehmen in jeder gewünschten Ausführung auch aus allen Krankenhäusern Pflegeanstalten, Kliniken und Lazaretten die Dresdner Beerdigungs-Anstalten Pietät und Heimkehr Am See 26 Bautzner Straße 37 Fernspr. 20157. Fernspr. 25091. Auskunft und Kostenanschläge unentgeltlich!

Nr. 1... Auf d... Heber... auch b... fast eb... besetzt... Zettel... lösen... Argt... keine... ausgie... zestern... von ei... zwisch... vier Fö... Augen... bei au... Li d... den A... des Fa... liden... feit vo... Des D... Saale... sich hi... den bi... Fingen... zu rül... starke... stens... Aber... Borroc... Partei... so wil...